STADTFORUM
Heft 02|2017

ehemalige Hößlersche Spinnmühle,
jetzt imk automotive GmbH in Chemnitz-Altenhain

Rettet die erzgebirgischen Spinnmühlen! Seite 3
Basti Dämmler, Netzwerk Industrie.Kultur.Ost

Die Mandau-Kaserne in Zittau mit neuer Nutzung Seite 22
Matthias Böhm, Stadtforum Zittau

MAGAZIN DES NETZWERKES STADTFOREN
IN MITTELDEUTSCHLAND

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial **2**

Titelthema
Rettet die erzgebirgischen Spinnmühlen! 3
Basti Dämmler, Netzwerk Industrie.Kultur.Ost

Erhalt der ehemaligen „Hößlerschen Spinnmühle“ 4
Gert Rehn, Stadtforum Chemnitz

Aus den Stadtforen
Görlitzer Stadtumbau-Matrix bedroht Denkmalsubstanz 5
Thomas Göttsberger, Stadtforum Zittau und Görlitz, Stadtrat in Ostritz

Chemnitz, Unsere Stadt – Gestaltung Stadtzentrum, drei Themen 10
Prof. Dr. Thomas Topfstedt, Universität Leipzig,
Dr. Peter Fibich, Büro für Freiraumkonzepte,
Prof. Karl Clauss Dietel, Stadtforum Chemnitz

Die denkmalgeschützten Brücken des Chemnitzer Bahnbogens 15
Frank Kotzerke, Verein Viadukt e.V.

Leipziger Denkmalstiftung bringt gefährdete Gebäude wieder auf`s Denkmalradar 17
Maren Schiel, Förderverein der Leipziger Denkmalstiftung e.V.

Geplanter Erweiterungsbau am Stadt- und Bergbaumuseum Freiberg 19
Dr. Rüdiger Wirth, Stadtforum Freiberg

Praktische Arbeiten der Stadtforen
Die Mandau-Kaserne in Zittau mit neuer Nutzung 22
Matthias Böhm, Stadtforum Zittau, Stadtrat

Der Altan in Zittau 22
Thomas Göttsberger, Stadtforum Zittau und Görlitz, Stadtrat in Ostritz

Der Erhalt des Wohn- und Geschäftshauses Johannisstraße 49 in Altenburg 26
Peter Gzik, Stadtforum Altenburg

Städtebauliches Konzept Georgplatz/Ferdinandplatz in Dresden 28
Michael Wolf, StadtbilDDresden

Industriekultur Ost bis 1989
Zur Bewertung der architektonischen Qualität von Industriebauten der DDR 31
Basti Dämmler, Netzwerk Industrie.Kultur.Ost

Netzwerknachrichten
Bericht: 11. Vernetzungstreffen der Stadtforen Mitteldeutschlands 33
Einladung: 12. Vernetzungstreffen 2018 in Dresden 34

Informationen **34**
Initiativen zur Förderung der Baukultur, Autorenverzeichnis, Abbildungs-
verzeichnis, In eigener Sache, Kontakte, Bezugsmöglichkeiten, Impressum

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit der zweiten Ausgabe des Netzwerkmagazins STADTFORUM möchten wir Sie auch in diesem Jahr über aktuelle Themen und Projekte aus der Arbeit des Netzwerks und seiner Mitglieder informieren. Die Beiträge der Stadtforen aus Altenburg, Chemnitz, Dresden, Freiberg, Görlitz, Halle, Leipzig sowie Zittau ergeben ein vielfältiges Bild unseres Engagements für Stadtentwicklung und Baukultur.

Mit den beiden Schwerpunkten Industriekultur und Ostmoderne möchten wir Ihre Aufmerksamkeit auf zwei Gruppen von oftmals „unliebsamen" Baudenkmalen lenken, deren Umnutzung und Erhalt häufig schwierig ist. Besonders dramatisch sind die bereits erfolgten sowie die derzeit geplanten Abrisse von erzgebirgischen Spinnmühlen, handelt es sich hierbei doch um bedeutende Zeugnisse der frühen Industrialisierung. Grund genug für uns, diese Entwicklungen im Titelthema aufzugreifen und in einem Aufruf um Unterstützung zu bitten.

In den vergangenen Jahren ist das Bewusstsein für die Qualität von Industriedenkmalen und anspruchsvollen Bauten der Ostmoderne zwar stetig gewachsen, einen Einfluss auf ihren Erhalt hat das aber bisher nur selten.

Dass durch bürgerschaftliches Engagement auch der Erhalt großer und nur schwierig wieder nutzbarer Baudenkmale gelingen kann, zeigt der eindrucksvolle und inzwischen sehr erfolgreiche Einsatz des Zittauer Stadtforums für die ehemalige Mandaukaserne. Auch in Altenburg und Halle setzen sich die Mitglieder der Stadtforen durch aufopferungsvolle praktische Arbeit für die Rettung und Wiederbelebung von Baudenkmalen ein.

In einer Demokratie sind Bürgerinitiativen und Vereine als Ideengeber und Korrektiv für Verwaltung und Politik unerlässlich. In diesem Zusammenhang versuchen die Stadtforen aktiv Einfluss auf die Stadtentwicklung zu nehmen, sei es durch das direkte Engagement in städtischen Gremien oder durch die Teilnahme am öffentlichen Diskurs. Das städtebauliche Konzept für die Bebauung des Dresdner Georgplatzes ist hierfür ein interessantes Beispiel, welches wir Ihnen in dieser Ausgabe vorstellen möchten.

Viele der in dieser Ausgabe versammelten Beiträge spiegeln die Gedanken der Verfasser wider und erwarten nicht sofortige Zustimmung. Sie können und sollen aber anregen, sich mit der betreffenden Thematik auseinanderzusetzen und sich selbst einzubringen.

In diesem Sinne freuen wir uns auf Ihre Rückmeldungen und wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Ihre Redaktion

Titelthema

Rettet die erzgebirgischen Spinnmühlen!

Basti Dämmler, Netzwerk Industrie.Kultur.Ost

Vor über 215 Jahren ratterten an den Stadträndern von Chemnitz zum ersten Mal die Spinnmaschinen in den Spinnmühlen „Wöhler & Lange" sowie „Gebr. Bernhard". Es war die Geburt eines neuen Zeitalters, welches nicht nur unsere Gesellschaft bis in die heutige Zeit verändern, sondern auch unserer Kulturlandschaft dauerhaft ein Gesicht geben sollte.

Die beiden 1799 gegründeten Spinnereien sind die ersten ihrer Art in Mitteldeutschland und gehören zu den ältesten in Kontinentaleuropa. Dieser erste Fabriktyp der Spinnmühlen ist die Wiege der deutschen Industrialisierung. Das heutige Technologieland Deutschland, als weltweite Ideenschmiede und Produktionsort für High-Tech-Produkte, wäre ohne diese ersten industriellen Schritte nicht denkbar. Dabei kann der Freistaat Sachsen im Jahr 2017 einen Bestand an Spinnmühlen vorweisen, welcher in Europa fast einzigartig ist. Gebäude, die nicht nur historisch eine nationale Bedeutung haben, sondern auch architektonisch eine Ausnahmestellung einnehmen. Doch dieser Bestand ist außerordentlich gefährdet. Von den aktuell noch 30 existierenden Spinnmühlen in Sachsen sind nur 10 saniert bzw. baulich gesichert. Die architektonisch bedeutsamsten verfallen weiterhin und gleiten uns langsam wie Sand aus den Händen. Wenn nicht gemeinsam gehandelt wird, sind diese Schätze unserer Industriekultur bald für immer verloren!

Vor wenigen Wochen wurde in Tannenberg/Erzgebirge die „Baumwollspinnerei Höffer" abgerissen, ohne öffentliche Aufklärung reagierte der Landkreis Erzgebirge mit einer Ersatzvornahme. Wie bereits vor einem Jahr bei der „Meinertschen Spinnmühle" in Lugau wurde auch hier ein Komplettabriss als Ersatzvornahme einer Notsicherung vorgezogen. Dabei handelte es sich bei der „Spinnmühle Höffer" aus dem Jahr 1838 (Baumeister C. F. Uhlig) um das größte in originaler Bausubstanz erhaltene Fabrikgebäude bis Baujahr 1840 in Deutschland. Ein Denkmal der Kultur- und Industrie-

Tannenberg, ehemalige Baumwollspinnerei Carl Ferdinand Höffer

geschichte von außerordentlichem Rang. Fast zeitgleich fiel auch die „Spinnmühle Röhling“ in Lauter/Erzgebirge (Baujahr 1838, Baumeister C. F. Uhlig) dem Bagger zum Opfer. Zwei Bauwerke aus der letzten Phase der Spinnmühlenära und die größten ihrer Art. Bei letzterer zeigt allerdings der private Eigentümer, dass man durch den Erhalt der Giebelfront auch einen Teil des Gebäudes für die Zukunft retten kann, wohingegen auch hier ein Abriss als Ersatzvornahme infolge „Gefährdung der Öffentlichkeit“ vorgenommen und Geschichte unwiederbringlich zerstört. Auch der Abriss der Spinnmühle in Himmelmühle (baugleich zu Lauter/Erzgebirge) ist bereits geplant.

Sachsen hat in den letzten 12 Monaten einen sehr starken Aderlass an bedeutsamen Kulturgütern seiner Geschichte erleben müssen. Während man die sächsische Geschichte in den Städten aus Stahlbeton wiederaufbaut, reißt man sie in den Vororten unwiederbringlich ab. Man sollte den Wert der sächsischen Spinnmühlen als bedeutende Zeugnisse der deutschen Industriekultur und Technikgeschichte erkennen und sie im Sinne einer authentischen Geschichtsvermittlung vor allem für unsere Nachkommen erhalten und erlebbar machen.

Aufruf zum Erhalt der erzgebirgischen Spinnmühlen

Das Netzwerk Stadtforen Mitteldeutschland ruft dazu auf, gemeinsam für den Erhalt der noch bestehenden Spinnmühlen in Sachsen einzutreten. Eine derartige Aufgabe kann nur durch die Mitwirkung Vieler bewältigt werden. Dabei müssen Landes- und Kommunalpolitik, Denkmalämter, Museen und Bürgerinitiativen gemeinsam an einem Strang ziehen und alle Möglichkeiten ausnutzen, um sächsische Geschichte in die Zukunft zu überführen. Eine gemeinsame Plattform dafür ist in Vorbereitung. Ein Ansatz dazu bildete die Zusammenkunft am 30. Mai 2016 in Lugau, bei der es um eine mögliche Abwendung des geplanten Abrisses der Spinnmühle ging. (Heft 1, S. 29ff.) Der Abriss erfolgte nach dem 27. Juni 2016. Die Beteiligten setzten sich das Ziel, eine Initiative zu gründen, die nach einer Bewertung der Dringlichkeit sich um den Erhalt der letzten erzgebirgischen Spinnmühlen bemühen will. In diesem Jahr soll diese Zusammenkunft noch stattfinden und die Aktivitäten festgelegt werden.

Es geht auch anders:

Erhalt der ehemaligen „Hößlerschen Spinnmühle“
Gert Rehn, Stadtforum Chemnitz

Zu den wenigen guten Beispielen, wie man eine 200 Jahre alte Spinnmühle retten und umnutzen kann, gehört die hervorragend restaurierte und umgenutzte ehemalige Spinnmühle in Kleinolbersdorf-Altenhain, einem Stadtteil von Chemnitz (Titelbild). Dies ist einer Person zu verdanken, die dem Verfall nicht tatenlos zusehen konnte, sondern mit hohem persönlichen Einsatz und gemeinsam mit vielen Beteiligten ein kleines Wunder vollbrachte: Herrn Dr.-Ing. Jens Trepte, Geschäftsführer der imk automotive GmbH. Im Dezember 2014 wurde der neue Firmensitz bezogen.

Auf der Homepage der imk automotive GmbH finden sich viele interessante Informationen zur Geschichte der ehemaligen Spinnmühle und deren Sanierung. Ein Besuch lohnt sich!

http://www.imk-automotive.de/bautagebuch.html

Aus den Stadtforen

Görlitzer Stadtumbau-Matrix bedroht Denkmalsubstanz
Thomas Göttsberger, Stadtforum Zittau und Görlitz, Stadtrat in Ostritz

Die Stadt Görlitz überstand Krieg und DDR-Zeit mit geringen Verlusten an historischen Bauten. Vergessen am Rand des Arbeiter- und Bauernstaates rottete das kulturelle Erbe vor sich hin. Die hohe bauliche Qualität, das Engagement unverbesserlicher Denkmalpfleger (mit und ohne Amt) und schließlich die politische Wende bewahrten die Stadt im letzten Augenblick vor großflächigen Abrissen. Kluge Entscheidungen, großzügige Hilfen und die Begeisterung in der neuen Zeit ließen die Stadt in alter Pracht wieder erblühen. Allbekannt sind der Einsatz des Ehrenbürgers Gottfried Kiesow mit der Deutschen Stiftung Denkmalschutz und die jahrelange anonyme Spende der sogenannten Altstadtmillion. Aber auch, dass Görlitz durch den Bund zur Modellstadt ernannt wurde, war ein wichtiger Meilenstein zur Erhaltung der Stadt.

Dennoch ist nicht alles in trockenen Tüchern. Vom Wegfall tausender Arbeitsplätze hat sich die Region nie erholt – Einwohnerschwund, niedrige Löhne, hoher Altersdurchschnitt. An die weitgehend sanierte und wiederbelebte Alt- und Innenstadt grenzen Gründerzeitviertel mit Problemcharakter. Hoher Leerstand, noch großer Sanierungsbedarf, soziale Brennpunkte sind nur einige Stichworte, die den Stadtplanern Kopfzerbrechen bereiten.

Voriges Jahr beschloss der Stadtrat im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes die sogenannte Stadtumbau-Matrix. Erdacht im Amt für Stadtentwicklung, soll sie ein Bewertungssystem zur Weiterentwicklung der innerstädtischen Bausubstanz sein. Ziel ist es, in benachteiligten Gebieten neuen Nutzungs- und Wohnungsbedarf zu entwickeln, Investitionen in Gebäude zu initiieren und das Sozialgefüge zu verbessern. Laut Eigendarstellung sollen neue Möglichkeiten eröffnet werden, den vorhandenen Bestand im Einklang mit der Denkmaleigenschaft weiterzuentwickeln und zu optimieren.

Die Probleme sieht man als Chance, neue Wege städtebaulicher und planerischer Überlegungen für eine zeitgemäße Stadt zu gehen. Durch kontinuierliche Gespräche zwischen Bauherrn, Stadtentwicklern, Denkmalpflegern und der Städtebauförderstelle will man individuellere Sanierungslösungen finden. Dabei sei man gegen Rückbauplanungen wie ehemals in Leipzig, da dieser Weg nicht zielführend sei, sondern die Stadtstrukturen auflöse. Die Stadtplaner meinen mit der Matrix sichtbar zu machen, welche Entwicklungsmöglichkeiten das jeweilige Objekt habe. Das sich aus den Kriterien und Dimensionen ergebende Prüfergebnis wird von den Autoren als objektiv und verallgemeinerbar beschrieben, greife aber keinen bauplanungsrechtlichen, bauordnungsrechtlichen oder denkmalschutzrechtlichen Entscheidungen vor. Im Prüfergebnis sieht die Stadt keine Rechtsverbindlichkeit, so dass die Verwaltung weiterhin unabhängig vom Prüfergebnis entscheiden könne. Die Matrix soll so eine verlässliche Diskussionsgrundlage bieten, hofft man im Rathaus.

Das Prüfverfahren am Gebäude gliedert sich in fünf Dimensionen. Verallgemeinernd beschrieben geht es u. a. um

Görlitz, Konsulstraße 29

Fragen des Alters, der Typologie, des Standortes, des Zustandes und der potentiellen Wirkung. Ein starker Eingriff in die Gebäudesubstanz wird mit einer großen Chance auf einen positiven Entwicklungsimpuls verbunden. Das bedeutet, dass man in städtischen Problemvierteln mehr am Gebäude verändern kann.

Liegt das Gebäude zum Beispiel in einem konsolidierten Gebiet, ist nur eine geringe Eingrifftiefe möglich. Anders sieht es aus, wenn der Bau in einem nicht konsolidierten Teil der Stadt steht, dann wird auch eine hohe Eingrifftiefe befürwortet. Jüngere Häuser und häufigere Typen bekommen weniger Punkte als ältere Häuser und ein seltenerer Gebäudetyp. Schlechte bis sehr schlechte Bausubstanz erhöht die mögliche Eingrifftiefe, die in 11 Abstufungen bis zum Abriss mit Freifläche reichen kann. Besonders für die in Görlitz noch zahlreich in geschlossenen Straßenzügen vorhandenen Gründerzeitbauten erhofft sich die Stadtverwaltung mehr Eingriffsmöglichkeiten zum Zwecke neuer Bebauung. Die Umgebungssituation hat dabei Einfluss auf die Planung am Denkmal: Sind viele Lücken da, dann sieht man auch weitere Lücken in der Substanz weniger kritisch.

Die Stadtplanung verdeutlicht die Wirkung der Matrix unter anderem am Beispiel des Hauses Konsulstraße 29.

Der Eckbau zur Emmerichstraße stammt, wie auch die Häuser der kreuzenden Straßen, aus der Gründerzeit. Nahe dem Gebäude ist in einem kurzen Teilstück der Emmerichstraße die Blockrandbebauung historisch unterbrochen. Das Gebäude selbst ist in kritischem Zustand und liegt, laut Verwaltung, am Rande einer nicht konsolidierten Zone mit hohem Neuordnungsbedarf. Das bedeutet für das Haus die mögliche Eingriffstiefe Stufe 10, im Sonderfall Stufe 11. Damit wäre dem Bauherrn alles erlaubt bis hin zum Ersatzneubau mit abweichender Bauweise, also nicht zwingend in der Straßenflucht. Und im begründeten Sonderfall kommt die Freifläche. Hier stellt sich also überhaupt nicht mehr die Frage, ob ein Abriss notwendig ist oder nicht. Die Denkmalpfleger müssen, wenn sie eine andere Ansicht haben, gegen das Prüfergebnis begründet votieren und streiten.

Wenn wir zwei Gründerzeitbauten, deren Zustand sich zumindest äußerlich und in der Umgebungsbebauung stark ähnelt, vergleichen, bleibt als wesentlich anderes Matrix-Kriterium die unterschiedliche Zone, in der sie jeweils stehen. Allein das führt zu maßgeblich anderen Prüfergebnissen. Bei dem Haus Bismarckstraße würde maximal ein Teilneubau mit erlaubter reduzierter Gebäudetiefe genehmigt. Der Bauherr des Hauses in der Leipziger Straße könnte schon einen Teilneubau mit dem Abbruch des Dachgeschosses erwarten.

Alle genannten Beispiele sind eingetragene Baudenkmale, von mehr als dreitausend in der Stadt. Das Sächsische Denkmalschutzgesetz kennt keine Klassifizierung von Denkmalen. Und formal wird durch die Matrix auch kein Denkmal klassifiziert. Die Matrix soll dem Stadtplanungsamt als ein Instrument zur Stadtentwicklung, zur Orientierung für Bauherren und eine Grundlage für Gespräche mit ihnen dienen. Der Stadtrat glaubt dem Versprechen der Verwaltung, damit Hemmnisse in der Stadtentwicklung zu beseitigen. Eigentümer, Bauherren und Planer sind auch von dem Gedanken angetan, mehr und schneller Veränderungen an den Denkmalen herbeiführen zu können, freier in ihren Entscheidungen zu sein und dabei noch Kosten einzusparen.

Görlitz, Bismarckstraße

Da aber die Ämter die freie Entscheidung wie bisher haben, stellt sich für das Stadtforum Görlitz die Frage: Was, wenn die Denkmalpflege zum Beispiel keinen Teilabbruch genehmigt und die Sicherung bzw. Sanierung fordert? Dann stehen Stadtplaner und Bauherren mit der Matrix im Rücken auf der einen und die „wieder blockierenden“ Denkmalschützer auf der anderen Seite. An der Erarbeitung der Matrix waren diese nicht direkt beteiligt, das sächsische Landesamt für Denkmalpflege wurde nachträglich informiert und beobachtet nun die Sache. In der Praxis erfolgt durch die Kriterien (z. B. Alter und Häufigkeit des Bautyps) und das Bestreben, in bestimmten Quartieren freizügiger planen und bauen zu dürfen, eine unterschiedliche Behandlung der Einzeldenkmale.

Das Stadtforum sieht in der Matrix kein Instrument für die denkmalgerechte Arbeit mit dem Objekt. Mit Hilfe der Matrix werden die Denkmalpfleger zusätzlich unter Druck gesetzt, Entscheidungen, die sie gegen das Matrix-Prüfergebnis fällen, vor dem Bauherrn und dem ihnen übergeordneten Amtsleiter für Stadtentwicklung zu rechtfertigen. Schon heute wünschen sich Planer, Investoren und der Chef des kommunalen Wohnungsanbieters eine echte Rechtsverbindlichkeit der Matrix. Im Kampf gegen die oft „eisernen“ Denkmalschützer glauben sie, starke Argumente in die Hand zu bekommen.

Und sie könnten sich damit durchsetzen, fürchtet das Görlitzer Stadtforum. Kommen Freiflächen und Glas-Stahl-Beton-Chic, wo bisher der Charme harmonischer Gründerzeitviertel die Görlitzer und Touristen begeistert? Bewohner in konsolidierten Gründerzeitvierteln schätzen die Bau- und Planungsleistungen der Vorfahren und der Denkmalpflege. Die Problembezirke leiden nicht unter misslungenen Bauten, sondern unter wirtschaftspolitischen Entscheidungen vergangener Regierungen und Fehlplanungen unserer Zeit. Bestes Beispiel ist hier die Aufgabe einer Schule im Gründerzeitgebiet.

Görlitz, Leipziger Straße

Nach Erkenntnis des Stadtforums Görlitz hat die Matrix für die Stadtverwaltung offensichtlich den Sinn, den Denkmalschutz und die Gestaltungssatzung aufzubrechen und in Frage zu stellen. In diesem Zusammenhang steht der „städtische Unwillen“, einen Gestaltungsbeirat zu berufen. Das Stadtforum hatte schon mehrfach die Einrichtung eines Gestaltungsbeirates gefordert. Er ist ein gutes Instrument, um Einfluss auf wichtige Entscheidungen zu nehmen. In einer Stadt ohne Denkmale, ohne Gestaltungs- oder Sanierungssatzungen, ist der Bauherr in seinem Vorhaben allein den technischen Vorschriften und staatlichen Gesetzen unterworfen. Er kann frei entscheiden, ob er abreißt, aufstockt, Fensterachsen dreht oder die Steinfassade durch Glas ersetzt. In solch einer Stadt braucht es keine Bewertungskriterien, nach denen festgelegt wird, welche Baumaßnahme gestattet werden kann. Neueste Trends zeigen aber auch hier einen Sinneswandel, der zurück zu historisierenden Bauten führt.

In Görlitz sollen nun die Fehler des Westens der 1960er und 1970er Jahre wiederbelebt werden. Das Ganze unter der Führung weniger, die der Meinung sind, dass die sogenannte Moderne ein Recht auf Umgestaltung hat. Ökologische Aspekte, Altbauten sind graue Energie und Neubauten Energieverschwendung, werden negiert. Nicht zuletzt wird hier den anfangs erwähnten Initiativen zur Rettung der Stadt die Existenzberechtigung entzogen. Vor allem aber den vielen Bauherren, die sich mit Herzblut um ihre Denkmale gekümmert und vor allem investiert haben, ein Schlag ins Gesicht versetzt.

Für eine Denkmalstadt wie Görlitz meint die örtliche Stadtverwaltung offensichtlich, so eine Matrix zu brauchen. Die Stadtumbau-Matrix droht nun zur Brechstange an unserem kulturellen Erbe zu werden. Was wird dann aus den kulturellen Zeitzeugen vieler Jahrhunderte, die in Görlitz bislang weitgehend unbeschadet die Zeiten überstanden haben? Und was wird dann aus der Görlitzer Weltkulturerbe-Bewerbung?

Eine Vorahnung gibt uns der Komplettabriss eines Hauses in der Görlitzer Landeskronstraße. In eine Gründerzeitstraße ohne Baulücken wurde rigoros eine nicht notwendige Bresche geschlagen. Hätte es diesen rüden Umgang mit Denkmalen zur Wendezeit in Görlitz gegeben, tausende Denkmale wären gefallen und es wäre ein erbärmlicher Abglanz von dieser Stadt übriggeblieben. Erinnert sei hier daran, dass die DDR-Bürger auch wegen dieses Umgangs mit ihrem Kulturerbe auf die Straße gegangen sind. Gott sei Dank hat die versuchte Novellierung des Denkmalrechtes in Sachsen im Jahr 2010 eben aus dem gleichen Grund keinen Erfolg gehabt.

Der Stadthallenpark in Chemnitz – ein verzichtbares Relikt des DDR-zeitlichen Städtebaus oder ein erhaltenswertes Freiraumensemble?

Prof. Dr. Thomas Topfstedt,
Universität Leipzig

Betrachtet man Luftbilder des Chemnitzer Stadtzentrums vor seiner Zerstörung im Zweiten Weltkrieg, so zeigt sich ein dem Zustand der Messestadt Leipzig vor dem Jahr 1943 vergleichbarer Befund. Beide Stadtkerne besaßen noch immer ein mittelalterlich geprägtes Raumgefüge. Weitgehend erneuert worden aber war seit dem späten 19. Jahrhundert bis zum Beginn der 1930er Jahre das Erscheinungsbild der Straßen und Plätze durch den Bau zahlreicher kommunaler Verwaltungs- und Kulturbauten und großstädtischer Geschäftshäuser. An die Stelle des Mauerrings, der die Altstadt einst umgürtete, war – wie bei vielen anderen expandierenden Städten – eine umlaufende Ringstraße getreten, die den ständig anwachsenden innerstädtischen Durchgangsverkehr um den historischen Stadtkern lenkte. Jenseits dieses Gürtels erstreckten sich neue, kompakt bebaute Wohngebiete und großflächige Industrieareale, die den Ruf der Stadt als „sächsisches Manchester“ begründeten.

Diese von einer großen urbanen Dichte geprägte bauliche Struktur wurde 1945 durch insgesamt 10 anglo-amerikanische Luftangriffe weitgehend vernichtet. Vorrangiges Ziel der Bombardements waren das Stadtzentrum und die inneren Vorstädte, deren Gebäudebestand zu 80 Prozent in Schutt und Asche sank. Damit zählte Chemnitz zu den am schwersten zerstörten Großstädten Deutschlands. Schon während der Nachkriegsjahre wurden erste städtebauliche Konzepte für den Wiederaufbau erarbeitet, von denen aber aufgrund der wirtschaftlichen Lage nichts realisiert wurde. Größere Bauaktivitäten im Stadtzentrum setzten erst nach der Erhebung von Chemnitz zur Bezirksstadt und der 1953 erfolgten Umbenennung der Stadt in Karl-Marx-Stadt ein.

Eine erste verbindliche Richtschnur für die Planungstätigkeit war die 1952 vom Ministerrat der DDR bestätigte Chemnitzer Zentrumsplanung. Die damals vorgesehene Bebauung lehnte sich noch recht eng an die überkommenen Raumstrukturen der Innenstadt an. Auch sollte der historische Altstadtkern wieder von einer Ringstraße im Zug der ehemaligen mittelalterlichen Stadtmauer umfasst werden. Als neues Element war, wie es die Sechzehn Grundsätze des Städtebaus von 1950 für alle zum Wiederaufbau anstehenden Städte in der DDR vorschrieben, mit dem neu anzulegenden Karl-Marx-Platz ein Zentraler Platz für große Stand- und Fließdemonstrationen vorgesehen. Er sollte an der Nahtstelle zwischen dem mittelalterlichen Stadtkern und der östlichen Stadterweiterung des 19. Jahrhunderts in Verbindung mit einem neu zu gestaltenden innerstädtischen Hauptachsenkreuz entstehen. Wenige Jahre später ist dieses städtebauliche Gerüst in seiner jetzigen Gestalt entwickelt worden und prägt bis heute die Struktur des Stadtzentrums. Sie besteht erstens aus der dem Verlauf der ehemaligen Königsstraße folgenden Straße der Nationen als durchgängige West-Ost-Achse zwischen dem Markt/Rathaus und Theaterplatz/Schillerplatz, zweitens aus der später in Karl-Marx-Allee umbenannten Brückenstraße als nord-südlich verlaufende Hauptverkehrsstraße und Demonstrationsstraße des Stadtzentrums.

Ab 1958 bahnte sich eine völlig veränderte Neuplanung des Karl-Marx-Städter Stadtzentrums nach dem Leitbild des funktionellen Städtebaus an. Geschaffen wurde ein räumlich zusammenhängendes Gebiet, bei dem die möglichst weitgehende Erhaltung der historischen Strukturen nicht mehr der Ausgangspunkt des planerischen Denkens war. Es war dies eine Entwicklung, die in allen europäischen Ländern unabhängig vom jeweiligen Gesellschaftssystem einen grundsätzlich vergleichbaren Verlauf nahm. Karl-Marx-Stadt, dessen Wiederaufbau im zentralen Bereich während der 1950er Jahre nur schleppend vorangegangen war, wurde nun mit seinem neuen städtebaulichen Konzept und dank der hohen Qualität seiner geradezu demonstrativ modernen Architektur einer der Schwerpunkte im Baugeschehen der DDR. Die entscheidende Weichenstellung erfolgte im Mai 1959, als das Politbüro des ZK der SED die Konzeption für den Neuaufbau des Stadtzentrums bestätigte. Unmittelbar darauf wurde ein städtebaulicher Ideenwettbewerb zur Neugestaltung des Zentralen Platzes durchgeführt, der die Grundlage der konkreten Planungsarbeit bilden sollte. Im Verlauf dieser Planungen veränderte sich schrittweise innerhalb weniger Jahre das räumliche und bauliche Konzept des Zentralen Platzes. Wie ein Modell des Planungsstandes von 1963 zeigt, wurde dabei die rechteckige Grundfigur des Zentralen Platzes anfangs noch beibehalten und die Platzanlage auf eine feste Demonstrations-Tribüne jenseits der Brückenstraße vor dem damals geplanten Haus der Partei ausgerichtet. An der Platz-Nordseite sollte ein „Haus der Kultur und Wissenschaften“ entstehen; die Platz-Westseite wurde vom 1957–1959 wiederhergestellten Roten Turm mit seiner neuen Fußumbauung akzentuiert.

Das Modell zum Aufbau des Stadtzentrums von1968 belegt, dass schließlich statt des ursprünglich vorgesehenen rechteckigen Aufmarsch-Platzes ein auf eine Gesamtfläche von 390x360 Meter vergrößerter landschaftsgärtnerisch gestalteter Freiraum realisiert worden ist. Er wurde zu einem kleinen Teil zunächst auch als Parkplatz genutzt, fungierte aber vor allem als eine begrünte Insel mitten im Stadtzentrum und stellte eine ostentative Absage an den Typus des Demonstrationsplatzes dar, wie er während der 1950er Jahre seine paradigmatische Ausformung mit dem vergrößerten Dresdner Altmarkt oder mit der Anlage des Marx-Engels-Platzes in Ostberlin erfahren hat. Statt des „Hauses der Kultur und Wissenschaften“ wurde ein großes Stadthallen- und Kongressgebäude mit angegliedertem Interhotel errichtet, dessen 93 Meter hohes Bettenhaus die neue Dominante des Karl-Marx-Städter Zentrums bildete. Östlich der Brückenstraße wurde vor dem Haus für den Rat des Bezirkes das 1971 eingeweihte Karl-Marx-Monument von Lew Kerbel platziert.

Auf den kulturhistorischen Rang und die herausragende Qualität dieses 1967–1974 entstandenen Ensembles aus Stadthalle, Interhotel und Stadthallenpark wird Peter Fibich im anschließenden Beitrag ausführlicher eingehen. Ich kann daher diese wichtigen Aspekte aus meinem Statement aussparen und will stattdessen nur noch einige Gedanken über einen angemessenen Umgang mit dem Park erörtern. Wie allgemein bekannt, gibt es darüber je nach Interessenlage unterschiedliche Optionen. Sie reichen von fachlich begründeten Plädoyers für eine denkmalgerechte Erhaltung, die eine behutsame Weiterentwicklung des Parks durch Ausweitung der Grünflächen nicht ausschließt, bis hin zur Umgestaltung des

Gesamtbildes durch folgenschwere bauliche Interventionen.

Die von der Chemnitzer Stadtverwaltung favorisierte Lösung ist der beim 2016 veranstalteten Wettbewerb zur Neugestaltung des Stadthallenparks mit dem ersten Preis prämierte Entwurf des Architekturbüros Lohrer und Partner. Er sieht den Bau eines neuen Geschäftshauses an der zur Straße der Nationen offenen Stadthallenpark-Seite vor. Um dies bewerkstelligen zu können, müsste die sich bislang in ganzer Breite frei nach Süden öffnende Grünfläche des Parks erheblich verkleinert und auch das Wegesystem verändert werden. Die Folge wäre nicht allein eine Reduzierung der Grünfläche, sondern auch eine weitgehende Abriegelung des solcherart reduzierten Parkareals von seiner bisherigen Hauptzugangsseite. Darüber hinaus würde durch den Neubau die wohldurchdachte Blickbeziehung von der Straße der Nationen zur Stadthalle eliminiert und damit auch die räumlichen Relationen zwischen dem Stadthallen- und Hotelkomplex und den ihm vorgelagerten Freiflächen beeinträchtigt werden.

Sucht man nach alternativen Lösungen, so bietet sich als ein der Chemnitzer Situation vergleichbares Beispiel das Areal östlich des alten Thomaskirchhofs im Leipziger Stadtzentrum an. Ursprünglich eine große Kriegsbrache, wurde es bis zum Anfang der 1970er Jahre als Parkplatz genutzt und dann zu einem begrünten Freiraum umgestaltet. Zu Beginn der 1990er Jahre sollte die Freifläche zur teilweisen Bebauung freigegeben werden, um die einst in sich geschlossene Räumlichkeit des historischen Marktplatzes vollständig wiederherzustellen. Aufgrund massiver Proteste der Bevölkerung wurden diese Pläne aber bald wieder aufgegeben und stattdessen ein erweitertes landschaftsgärtnerisches Konzept realisiert. Die Einwohner, aber auch die Besucher Leipzigs schätzen diesen Ort, der sich – im Gegensatz zu den ihn umgebenden kommerziellen Nutzungen – in kürzester Zeit zu einer Oase entspannten Verweilens entwickelt hat.

Ein solcher Ort als zentral gelegener Verweilraum existiert auch in Chemnitz in Gestalt des Stadthallenparks. Im Vergleich zu seinem stattlichen, Schatten spendenden Baumbestand nimmt sich das wesentlich jüngere Großgrün des Leipziger Thomaskirchhof-Areals geradezu bescheiden aus. Nicht allein aus denkmalpflegerischen Gründen, sondern vor allem wegen seiner vielfältigen Nutzungspotentiale und seiner bioklimatischen Funktion als „grüne Lunge“ sollte der Stadthallenpark in seinem jetzigen Zustand unbedingt erhalten bleiben und nicht ohne zwingende Gründe durch Neubaumaßnahmen überformt und reduziert werden. Geschähe dies doch, so würde der Verlust wohl sehr bald nach vollbrachter Tat von den meisten Bürgern erkannt und zweifellos sehr bedauert werden. Eine Rückkehr zum alten Zustand wäre dann jedoch nicht mehr möglich.

Freiraumkonzepte

Der Stadthallenpark – denkmalpflegerische und landschaftsarchitektonische Aspekte

Dr. Peter Fibich, Büro für Freiraumkonzepte

Der Chemnitzer Stadthallenpark ist nicht groß. Eine Bebauung, auch nur eines vermeintlichen Randbereiches, würde schon deshalb seine Zerstörung bedeuten.

Trotz dieser relativ geringen Dimension erwächst ihm aus historischer und denkmalpflegerischer, aber auch aus städtebaulicher Sicht eine große Bedeutung. Deshalb steht das Ensemble seit 1993 unter Denkmalschutz. Entstanden ist es nach langer, fast zehnjähriger Planungszeit in den Jahren 1964 bis 1974. Die städtebaulichen Konzeptionen für die Bebauung des Stadtzentrums von Karl-Marx-Stadt hatten seit dem Kriegsende einen gravierenden Wandel erlebt. Beginnend mit Planungen für einen steinernen „Zentralen Platz“ an dieser Stelle, konnten die beteiligten Architekten, Künstler und Landschaftsarchitekten die staatlichen Auftraggeber schließlich vom realisierten Konzept eines kleinen Stadtparks mit umgebendem Ensemble solitärer Hochbauten überzeugen. Das Stadtgrün, das in den Chemnitzer Aufbauplänen der 1950er Jahre kaum eine Rolle gespielt hatte, war nun in den Mittelpunkt gerückt.

Nach Aussage des beteiligten Landschaftsarchitekten Helmut Rothe ging dieser neue Kerngedanke maßgeblich auf den Bildhauer Lew Kerbel zurück, den man mit dem Entwurf einer Kolossalstatue von Karl Marx beauftragt hatte. Kerbel beschränkte sich keineswegs auf die skulpturale Gestaltung, sondern redete auch in städtebaulichen Fragen entscheidend mit und übernahm im Übrigen die Präsentationen der kollektiven Entwürfe vor Walter Ulbricht.

Dass sich eine sowjetische Tradition nachweisen lässt, Großskulpturen und Memorialkomplexe bevorzugt im Grünen zu platzieren, bezeugen zahlreiche Beispiele – nicht zuletzt auch die sowjetischen Ehrenmale des Zweiten Weltkrieges auf deutschem Boden. Zudem setzte sich der Wandel vom großen steinernen Platz hin zur differenziert gestalteten Grünanlage in zahlreichen Innenstadtentwürfen dieser Zeit durch. Es entstanden nunmehr in erklärter Abkehr von den stalinistisch geprägten Auffassungen der frühen 1950er Jahre auffallend kleinteilige, somit vielfältig nutzbare Fußgängerbereiche, die von einer modernen, in industrieller Bauweise errichteten Architekturkulisse umgeben waren. Darüber hinaus gab es Bäume, Blütensträucher sowie auffallend üppige Stauden- und Blumenpflanzungen, außerdem zahlreiche Sitzgelegenheiten, Wasserspiele und Werke der bildenden Kunst. Innerstädtische Anlagen wie der Sachsenplatz in Leipzig, die Prager Straße in Dresden, die Stadtpromenade in Cottbus oder das Umfeld des Fernsehturms in Berlin sind herausragende Beispiele dieser Ära. Sie waren schon aufgrund der Begrenztheit der ökonomischen Mittel, aber auch wegen der Verkehrskonzepte im Geiste der autogerechten Stadt stets Insellösungen, doch immerhin: Die Ensembles, die auch in Altstädten entstanden, waren stolz vorgezeigte Errungenschaften dieser Zeit, die mitunter auch an staatlichen Zielvorgaben vorbei improvisiert worden sind.

Es lässt sich hier, anhand des Stadthallenparks in Chemnitz, auch ein Wandel der funktionalen Prioritäten nachweisen. Während der „Zentrale Platz“ noch als Kundgebungsfläche der Ergebenheitsdemonstrationen mit dem jungen sozialistischen Staat konzipiert wurde, als Sammelfläche für die auf verschiedenen Stadtteilen sternförmig zusammengeführten Demonstrationen, trat an seine Stelle nun ein Park für den alltäglichen Gebrauch. Keineswegs hatte die Funktion der Ergebenheitsdemonstration in der Stadtplanung an Bedeutung verloren; sie wurde jedoch geschickt umgelenkt. Die Brückenstraße wurde nun zur Demonstrationsachse mit großen Ehrentribünen für die Nomenklatura, die nur bei geplanten Aufmärschen aufgebaut

wurden. Die neue Mitte am Roten Turm jedoch war damit, durch den Verzicht auf die abschließende „Standkundgebung“, für den Stadthallenpark frei geworden, als einen Ort der alltäglichen Benutzung, Erholung und ästhetischen Erbauung.

Der Park erhielt eine durchaus bemerkenswerte, sich auch von anderen genannten Beispielen unterscheidende Form. Den Landschaftsarchitekten Helmut Rothe (Büro des Stadtarchitekten) und Karl Wienke (Wohnungsbaukombinat) darf innerhalb des Entwurfskollektivs eine besondere Rolle für den Park zugeschrieben werden. Insbesondere Wienke, ein versierter Pflanzenkenner und -verwender, hinterließ im Park wie auch in der Brückenstraße bemerkenswerte Kompositionen.

Die auffallend vielfältige, durch Exoten angereicherte Baumkulisse ist zu diesen Besonderheiten ebenso zu zählen wie die Arbeit mit dem Relief. So wurde die zentrale Rasenfläche etwas vertieft, um die recht kleine Raumsituation optisch zu vergrößern. Die zur Stadthalle hin kaskadenartig hinauf gestaffelten Wasserbecken zur einen Seite unterstützen diese Idee ebenso wie die rahmenden Gehölzpflanzungen zur anderen Seite. Ergänzt wurde die Gestaltung ehemals durch vielfältige Stauden- und Blumenflächen, die den Karl-Marx-Kopf aus nordwestlicher Perspektive aus einem üppigen Steingarten hinauswachsen ließen.

Erwähnt werden müssen auch die eigens angefertigten Ausstattungen und Möblierungen wie Blumenkübel, Bänke, Stühle und Papierkörbe, die freilich heute nicht mehr vorhanden sind. Existent sind hingegen noch die meisten bildkünstlerischen Werke, die sich gleichsam als Gegenprogramm zum staatstragenden Marx-Kopf Kerbels lesen lassen und die den Eindruck unterstreichen, dass hier im Stadthallenpark – nachdem in der Brückenstraße das staatliche Pflichtprogramm erledigt wurde – ein Bereich fürs Volk etabliert werden konnte.

Karl-Marx-Stadt, Stadthallenpark in den 1980er Jahren

Auffallend im formalen Sinne ist auch der fast vollständige Verzicht auf den rechten Winkel in der Parkgestaltung. Stattdessen dominieren Wabenformen und landschaftliche Linienführungen und Gehölzgruppierungen den Entwurf. In dieser Frage unterscheidet sich der Chemnitzer Stadthallenpark von vielen der erwähnten Innenstadt-Entwürfe dieser Zeit, die überwiegend durch orthogonale Strukturen geprägt waren. Es kann ihm eine gewisse Sonderrolle zugesprochen werden.

Die Chemnitzer sollten sich diese Grünfläche aber auch deshalb nicht nehmen lassen, weil sie in der Innenstadt nahezu die einzige ist. Die City verdient Verdichtung an einigen Stellen, doch am wenigsten hier. Weitaus angebrachter wären Bebauungskonzepte, die sich auf städtebauliche Brachen von Chemnitz erstrecken. Dazu aber bedarf es eines schlüssigen Gesamtkonzeptes für die Innenstadt, das Städtebau, Verkehr und Freiraum verknüpft.

Verkehr

Innenstadtring statt Autobahnen im Zentrum!

Prof. Karl Clauss Dietel, Stadtforum Chemnitz

„Beschließt der Stadtrat, die Trasse für den restlichen Innenstadtring freizuhalten, so wäre das zu begrüßen. Ein großer strategischer Fehler war vor einigen Jahren, den Innenstadtring nicht weiter zu verfolgen. Warum? Über die neu gebaute Brücke Waisenstraße / Dresdner Platz fluten wie vorher nie Fahrzeugmassen durch die Innenstadt, vor allem über die mit Straßenbahn zehnspurige Bahnhofstraße.

Die vor einigen Wochen vorgestellten Konzepte für Bauten vor der Johanniskirche, am TIETZ und Johannisplatz sind brauchbar – die Überbauung des Stadthallenparks strikt ausgenommen. Es wäre aber völlig weltfremd, anzunehmen, erfahrene Investoren lassen sich darauf ein, dort zu bauen. Sie wissen genau, an Stadtautobahnen wie Bahnhof-,Theater-und Brückenstraße wird sich niemals normales Leben entfalten können. Diese Durchfahrtsstraßen strangulieren die Innenstadt, ein lebendiges Zentrum mit ihnen ist letztlich irreal. Rückbau und Überbauung wie z. B. in Ulm müssen geschehen, soll die Viertelmillionenstadt Chemnitz nach einem halben Jahrhundert endlich wieder eine lebendige Innenstadt erhalten. Zielverkehr dorthin sollte willkommen sein, Durchfahrt dagegen nicht. Nur mit Schließung des Innenstadtringes zwischen Zschopauer Straße und Dresdner Platz ist dies erreichbar. Dem Sonneberg käme dies ebenfalls zugute. Nach 55 Jahren in Chemnitz weiß ich: Auf Autobahninseln erwuchsen Stadtzentren noch nie. Wenn Chemnitz sich nicht vom längst toten Dogma „Autogerechte Stadt“ und von DDR-aufmarschbreiten Straßen verabschiedet, werden auch unsere Enkelkinder sein herbeigeflehtes Zentrum nie erleben.“

Die denkmalgeschützten Brücken des Chemnitzer Bahnbogens

Frank Kotzerke, Verein Viadukt e. V.

Im Zuge des Ausbaus der Strecke Karlsruhe–Leipzig/Dresden („Sachsen-Franken-Magistrale“) plant die DB-Netz u. a. den Neubau von Eisenbahnbrücken.

Dabei sollen auch fünf denkmalgeschützte, stadtbildprägende Brücken abgerissen werden. Sie sind im Zuge des Projekts zum Umbau des Chemnitzer Hauptbahnhofes und des viergleisigen Ausbaus der Strecke Chemnitz-Kappel in der Zeit von 1901 bis 1909 entstanden und werden bis heute genutzt. Mit dem Ziel, diese Denkmale zu erhalten, könnten sie bei

Sanierung und entsprechender Ertüchtigung auch alle künftigen Anforderungen wie die geplanten Neubauten erfüllen. Nach Abwägung aller Einwände, Gutachten und Anhörungen in der Landesdirektion Chemnitz muss das Eisenbahnbundesamt bald eine Entscheidung treffen. Seit Jahren engagieren sich viele Chemnitzer, der Verein Viadukt e. V., der Stadtrat und weitere politische Willensträger für den Erhalt dieser Brücken.

- **Brücke Reichsstraße/Neefestraße**
  errichtet 1904 bis 1909

- **Brücke Stollberger Straße**
  errichtet 1904 – 1909

- **Viadukt über Annaberger Straße, Chemnitzfluss u. Beckerstraße**
  errichtet 1901 – 1902, stadtseitiger Teil
  errichtet 1907 – 1909, landseitiger Teil

Durch die Kombination von Fachwerkbögen mit Balkenträgern besitzt das Bauwerk eine besondere konstruktive und ästhetische Qualität. Es ist ein einzigartiges Zeugnis sächsischer Ingenieurbaukunst und der Industriegeschichte.

- **Brücken Reichenhainer Str./Südbahnhof**
  fast zeitgleich errichtet 1904 – 1908

  Bahnstrecke Dresden – Werdau, stadtseitig, Bahnstrecke Chemnitz – Aue – Adorf, landseitig

- **Brücke Augustusburger/Uferstraße**
  errichtet von 1904 – 1909

Aktuelle Informationen finden Sie auf der Homepage oder Facebook-Seite des Vereins Viadukt e. V.:
www.viadukt-chemnitz.de
www.fb.com/viaduktchemnitz

Chemnitzer Bahnbogen

Leipziger Denkmalstiftung bringt gefährdete Gebäude wieder auf`s Denkmalradar

Maren Schiel, Förderverein der Leipziger Denkmalstiftung e. V.

Um die historischen Stadtbilder der Mitteldeutschen Region ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken, und diese für deren Erhalt zu sensibilisieren, hat die Leipziger Denkmalstiftung eine Onlineplattform aufgebaut – das Denkmalradar. Diese frei zugängliche und kostenlose Datenbank informiert über erhaltenswerte Gebäude und gleichzeitig über Ideen, wie diese weiter oder neu genutzt werden können. So können bedrohte Baudenkmale nach dem Wiki-Prinzip von den Nutzern selbst in die Datenbank eingetragen und so der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Mit Hilfe des Denkmalradars vernetzt die Leipziger Denkmalstiftung Visionäre, Eigentümer und Experten mit dem Ziel, bedrohende Baudenkmale zu sanieren, weiter oder neu zu nutzen. Eine solche Rettung erfordert neben Mut und finanziellen Mitteln auch Expertise, die immer neuen Herausforderungen, die die Bauwerke an die Besitzer stellen, zu meistern. Neben den Erfahrungen der Bauherren, die bereits erfolgreich saniert haben, sollen daher zukünftig auch Hinweise auf Fachexperten – seien es Berater, Handwerker, Ingenieure oder Architekten – in die Plattform eingebunden werden.

Einfach selbst Einträge finden, einstellen oder ergänzen

Interessierte, Betroffene und Engagierte können im Denkmalradar alte und bedrohte Gebäude finden und selbst eintragen. “Wir arbeiten mit der Unterstützung der Bürger. Sie tragen bedrohte Häuser selbst ein und können unvollständige Einträge ergänzen. Wie bei Wikipedia”, erklärt Andreas Hirt, Vorstand des Fördervereins der Leipziger Denkmalstiftung und mitverantwortlich für das Projekt Denkmalradar. Die Navigation ist einfach: Über eine Suchmaske schränkt man die Ergebnisse auf ein Gebiet oder eine Kategorie ein. Die Ergebnisse werden auf einer Karte und in einer Liste angezeigt. “Zentral dabei ist, dass neben Gebäuden auch beispielhafte Lösungen

Das Denkmalradar – eine Datenbank für bedrohne Baudenkmale und beispielhafte Sanierungskonzepte – funktioniert nach dem WIKI-Prinzip.

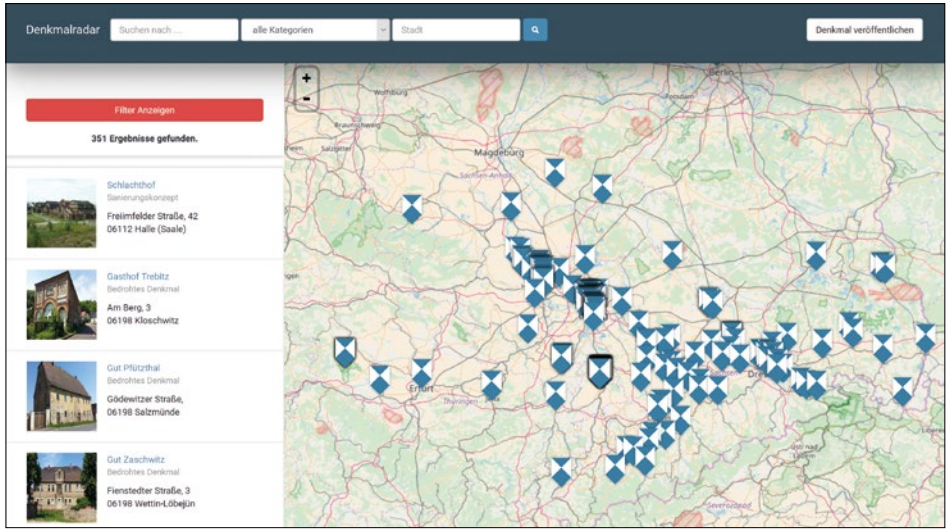
eingetragen werden, wie der Erhalt solcher Objekte möglich ist", führt Andreas Hirt weiter aus.

Die Ideen, eine Immobilie wieder nutzbar zu machen, könnten unterschiedlicher nicht sein. Von der schrittweisen Instandsetzung durch einen Verein, über Komplettsanierungen mit Hilfe eines Investors oder durch Fördermittel findet sich viel Inspiration im Denkmalradar. Potenziellen Investoren nutzt das Portal daher gleich doppelt: Sie finden interessante Objekte und Umsetzungsmöglichkeiten für ihre Idee.

Schritt für Schritt für den Erhalt von Baukultur

Das Denkmalradar enthält bereits einige Erfolgsprojekte wie die Notsicherung der Mandaukauserne in Zittau, die mithilfe vieler Akteure möglich wurde, oder die Sanierung des Stadtcafés in Zschopau. Neben der Beschreibung dieses Hauses, einschließlich einiger historischer Kennzahlen, zeigt es auch die Herausforderungen und Lösungsansätze.

Momentan finden sich die meisten Einträge im Denkmalradar, bedingt durch den Wirkungskreis der Leipziger Denkmalstiftung, in Mitteldeutschland. Weitere Einträge privat Interessierter, anderer Vereine und auch Branchenakeure, die bspw. ihre gelungene Sanierung kommunizieren möchten, sollen diesen Fokus in Zukunft erweitern. Zudem werden derzeit Datensätze und Informationen anderer Listen, Vereine und Bürger in das Denkmalradar überführt. Auf diesem Weg entsteht eine möglichst einheitliche Datenbank, die vor allem die Recherche und Information über den Bestand vereinfachen soll.



Interessierte können die Datenbank anhand verschiedener Kategorien durchstöbern. Eingrenzungen können die ursprüngliche Nutzung sein, ebenso die Art des Sanierungskonzeptes – handelt es sich etwa um eine vorläufige Sicherung oder gar eine energetische Sanierung – sowie der bauliche Zustand.

Geplanter Erweiterungsbau am Stadt- und Bergbaumuseum Freiberg

Dr. Rüdiger Wirth, Stadtforum Freiberg

Im Jahr 1861 wurde das Museum des 1860 gegründeten Freiberger Altertumsvereins eröffnet. Noch heute bildet die bis zur Übergabe des Museums in das Eigentum der Stadt Freiberg im Jahre 1939 aufgebaute Sammlung einen wichtigen Grundstock des Stadt- und Bergbaumuseums. Der Freiberger Altertumsverein sieht sich deshalb noch heute in einer besonderen Verantwortung und Beziehung zum Museum.

Die Stadt Freiberg verfolgt seit vielen Jahren sowohl inhaltlich als auch baulich eine neue Museumskonzeption. 2015 wurde deshalb mit dem Anbau eines gläsernen Fahrstuhles an den Westgiebel des Museums (Am Dom 1) begonnen. Weiterhin befand sich laut offiziellen Aussagen der Stadt ein moderner Verbindungsbau zwischen den spätgotischen Häusern Am Dom 1 und den als Depot des Museums dienenden Häusern Am Dom 2 und 3 in Planung. Damit könnten ein neuer Kassenbereich mit angeschlossener Cafeteria sowie ein Raum für Sonderausstellungen geschaffen werden. Für die inhaltliche Neukonzeption wurde eine öffentliche Ausschreibung gestartet.

Aktuelle Ereignisse und Informationen, die sich mit der künftigen Entwicklung des Museums beschäftigen, haben 2016 für Unruhe und Besorgnis unter den Vereinsmitgliedern gesorgt. Wie aus der Presse zu erfahren war, beabsichtigte die Stadt Freiberg plötzlich einen großen solitären Zwischenbau in der Lücke zwischen den Häusern Am Dom 1 und 2 zu errichten. Zur Finanzierung dieses Projektes sollten nun die beiden heute zum Stadt- und Bergbaumuseum gehörenden Häuser Am Dom 2 und 3 an die Städtische Wohnungsgesellschaft verkauft werden. Dies konnte im mittelfristigen Investitionsplan der Stadt Freiberg nachgelesen werden.

Bei allen drei Häusern handelt es sich um ehemalige Domherrenhäuser. Die

Freiberg, Modell „Neuer Eingang Stadt- und Bergbaumuseum"

kurz vor bzw. um 1500 errichteten Häuser stellen sehr wertvolle Baudenkmale dar, die neben dem Dom St. Marien die Bebauung des Untermarktes prägen. Besonders das spätgotische Gebäude Am Dom 2 ist noch in großen Teilen unverändert erhalten geblieben und bildet mit der ehemaligen Thümerei (heute das Stadt- und Bergbaumuseum) ein architektonisches Ensemble von hohem Rang. Der dendrochronologisch altersbestimmte Dachstuhl stammt von 1488 und zählt damit zu den ältesten erhaltenen in Freiberg. Im Erdgeschoss befindet sich ein Zellengewölbe, im ersten Obergeschoss existiert eine spätgotische Holzbalkendecke. An der Nordostecke des Gebäudes steht ein äußerer Wendelstein. Für den Einbau von Wohnungen oder Büros wäre das Haus denkbar ungeeignet.

Ein neuer Zwischen- oder besser Verbindungsbau zwischen zwei so bedeutenden Kulturdenkmalen muss sich diesen Bauwerken unterordnen. Eine Verbindung zwischen den Gebäuden „Am Dom 1“ und „Am Dom 2“ war für die Entwicklung des Museums immer eine Prämisse.

Deshalb bat der Freiberger Altertumsverein e. V. die Stadtverwaltung und die Stadträte in einem Offenen Brief im November 2016 nachdrücklich, auf einen Verkauf der Häuser Am Dom 2 und Am Dom 3 zu verzichten, um sich nicht für alle Zukunft die Möglichkeit einer Erweiterung des Museums zu verbauen und eine denkmalgerechte Nutzung derselben zu sichern. In diesem Sinne äußerten sich bisher auch viele Bürger der Stadt, der Freiberger Fremdenverkehrsverein, der Verband Deutscher Kunsthistoriker e. V. sowie die Landeskonservatorin von Sachen, Frau Prof. Dr. Pohlack, und der bekannte Historiker Prof. Dr. Magirius. Um eine höchstmögliche Qualität und die beste Lösung

Freiberg, Stadt- und Bergbaumuseum

für den Verbindungsbau zu erlangen, wurde ein deutschlandweiter Architekturwettbewerb vorgeschlagen. Auch die Architektenkammer Sachsen favorisiert öffentlich solch ein Vorgehen. Der Stadt lehnte dies jedoch ab.

Der neuen Zwischenbau wurde von einem Freiberger Architekten vorgeplant. Niemand in der Bürgerschaft und nur wenige Stadträte kannten vor dem BaubeschlussEnde Juni 2017 nähere Details oder Visualisierungen. Lediglich ungenaue Beschreibungen ließen auf einen dreigeschossigen Bau mit vollverblendeten Sandsteingiebel und -dach zur Straßenseite schließen. Erst nach dem Baubeschluss im Stadtrat wurde eine Visualisierung veröffentlicht.

In der Bürgerschaft regte sich daraufhin massiver Protest. Das vorplanende Architekturbüro wünscht sich nun laut eigenen Aussagen den Zuschlag bei einer Ausschreibung aller Planungsleistungen, da es angeblich schon viel Arbeit investiert habe.

Der Freiberger Altertumsverein ist der Meinung, sollte die Stadt Freiberg gegenwärtig nicht über genug finanzielle Mittel verfügen, um ein den Ansprüchen des Museums und dem Wert der Denkmale adäquates Vorhaben umsetzen zu können, müsste dieses Projekt erst später realisiert werden.

Freiberg, ehemalige Domherrenhäuser, heute Depot des Stadt- u. Bergbaumuseums

Die Mandau-Kaserne in Zittau mit neuer Nutzung

Matthias Böhm, Stadtforum Zittau, Stadtrat

Die Mandaukaserne in Zittau (Landkreis Görlitz) ist ein stadtbildprägendes, schlossartiges Gebäude am Martin-Wehnert-Platz. Da von hier wichtige Ausfallstraßen (Friedensstraße nach Polen/Tschechien und Südstraße ins Zittauer Gebirge) verlaufen, ist das Gebäude ein städtebauliches Bindeglied zwischen der historischen Innenstadt (innerhalb des sog. Grünen Rings) und der Süd-Vorstadt mit dem gerade sanierten Schlieben-Schulzentrum sowie der Gartenstadt „Heimstätten“. Nachfolgend soll aufgezeigt werden, wie durch bürgerschaftliches Engagement und eine nachhaltige Stadtentwicklung dieses bis vor kurzem noch akut gefährdete Denkmal gerettet werden konnte.

Geschichte und Architektur

Nachdem sich Bürgermeister Ludwig Haberkorn für den Bau einer großen Kaserne für 1.200 Personen eingesetzt hatte, wurde Zittau 1867 ständige Garnisonsstadt. Im April 1868 erfolgte die Grundsteinlegung nahe der Mandau. Im Oktober 1869 konnte die Mandaukaserne bezogen werden.

Errichtet wurde das Gebäude von Stadtbaumeister Emil Trummler im byzantinischen Stil. Der 125 m lange Mittelbau weist zwei nach hinten ragende Seitenflügel und zwei oktogonale Türme mit Zinnen auf. Ursprünglich besaß auch der Mittelbau Zinnen.

Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg wurde das Regiment 1919 aufgelöst und ab 1920 erfuhr die Mandaukaserne eine Wohnnutzung. Ab 1963 wurde das Gebäude von der örtlichen Offiziersschule genutzt. 1990 erfolgte die Übertragung an die Stadt Zittau, 1994 ging das Haus an den Freistaat Sachsen, der es schließlich versteigerte. Zuletzt wurde die Mandaukaserne zu Wohnzwecken und von der Stadtverwaltung/Wohnbaugesellschaft genutzt, seit 1997 stand sie leer.

Notsicherung

Ab 2015 packte der neue Oberbürgermeister Thomas Zenker das Problem an und bemühte sich um Fördermittel für einen Abriss (90 % Förderung). Das Baudezernat wies mit einem externen Statikgutachten eine akute Einsturzgefahr für den Südturm nach. Die Stadtverwaltung veranlasste daraufhin eine halbseitige Sperrung der Südstraße. Die Sperrung erfolgte unter der Annahme, dass sich der Turm vom Gebäude lösen und im rechten Winkel auf die Straße stürzen würde. Nun besitzen achteckige Hohlkörper aber eine relativ hohe Biegesteifigkeit. Wahrscheinlicher wäre daher gewesen, dass der Turm – wenn überhaupt – in sich zusammenfällt.

In der Bevölkerung regte sich jedoch zunehmend Widerstand gegen die Abrisspläne – ausgelöst durch eine Veranstaltung im Dezember 2015 in der Zittauer Schauburg (ein ehemaliges Kino, das auf Initiative des Stadtforums Zittau durch bürgerschaftliches Engagement bereits erfolgreich gerettet werden konnte). Tenor der Veranstaltung war, dass es für Unternehmer durchaus auch in strukturschwachen Regionen Bedarf für Büro- oder Werkstatträumlichkeiten in einem eher „rustikalen“ Ambiente geben könne (in Leipzig sind derartige Objekte inzwischen komplett belegt). Auch im Stadtrat kippte die Abrissstimmung, sodass der Oberbürgermeister von der Rückbauförderung absah.

Parallel startete das Stadtforum Zittau eine Rettungsaktion für den Südturm.
Nach Einholen der Zustimmung des Eigentümers der Mandaukaserne begann am 11. Dezember 2015 die Einrüstung des Turms. Die Ursache der Gefährdung: Das Dach des Turms wird durch eine innen liegende Ringleitung entwässert, die undicht geworden war. Regenwasser lief im Innern des Turms herunter und ließ die oberen Holzbalkendecken verrotten, sodass sie teilweise durchbrachen.

Durch das Stadtforum wurden die bestehenden Schäden umfassend repariert. Die Einrüstung des Südturms wurde gleich genutzt, um ihn neu zu verputzen und mit einem neuen Anstrich zu versehen – natürlich abgestimmt mit dem Denkmalschutz.

Ermöglicht wurde die Rettungsaktion für den Südturm durch eine Spendenaktion, den erheblichen Einsatz von Eigenmitteln von Thomas Göttsberger (Stadtforum Zittau) und durch ehrenamtliche Arbeitseinsätze. So verzichteten einige lokale Handwerksbetriebe auf ihre Bezahlung. Am 26. Januar 2016 übergab Wolfram Günther symbolisch einen Scheck der Leipziger Denkmalstiftung über 1.500 Euro für die Notsicherung des Südturms. Die Gesamtkosten der Notsicherung beliefen sich auf 40.000 Euro.

Durch das schadhafte Dach des Nordflügels verschlechterte sich der Gesamtzustand dieses Gebäudeteils jedoch rapide, es bestand akute Einsturzgefahr. Darum schloss sich im Zeitraum November 2016 bis Februar 2017 die Sicherung des Nordflügels an. Endlich gab es eine Förderung durch den Landkreis Görlitz aus Denkmalschutzmitteln: 82.000 Euro wurden ausgereicht. Den Eigenanteil an den Gesamtkosten in Höhe von 111.000 Euro trug wiederum Thomas Göttsberger vom Stadtforum Zittau. Durchgeführte Maßnahmen waren: Austausch von Decken- und Dachbalken, Erneuerung der Dacheindeckung, Instandsetzung von geschädigtem Mauerwerk. Insgesamt wurden über 50 Schadstellen im Dach ausgebessert.

Zittau, Mandaukaserne, Notsicherung Südturm

Nachhaltige Stadtentwicklung ist praktischer Denkmalschutz!

Der Zittauer OB griff diese Aufbruchstimmung bei der Mandaukaserne in mehrfacher Hinsicht auf: Mit Billigung des Stadtrates (fast einstimmig) bewarb sich die Stadt zweimal für eine Aufnahme in das neue Bundes-Förderprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“. Während die erste Bewerbung vom 31. März 2016 noch erfolglos blieb, führte die in einer Eil-Stadtratssitzung am 30. November 2016 verabschiedete Bewerbung mit dem konkreten Nutzungskonzept „Forum Mandau“ Anfang März 2017 zu einer Fördermittelzusage über 4 Millionen Euro. Das Konzept sieht als wesentliche Nutzungskomponenten den Teilumzug der Hochschule Zittau/Görlitz in die Mandaukaserne und den Neubau einer Drei-Felder-Sporthalle (auch als Multifunktionshalle nutzbar) hinter dem Gebäude vor. Für den Schul- und Vereinssport fehlen in Zittau Hallenkapazitäten, insbesondere für das von der Stadt aufwändig umgebaute ehemalige Gymnasium direkt auf der anderen Seite der Mandau, das jetzt als Schlieben-Schulzentrum Grund- und Oberschule beherbergt.

Parallel versuchte die Stadt Zittau, auch planungsrechtlich Pflöcke einzuschlagen, um so die in ihrem Stadtentwicklungskonzept postulierten Verlagerungen von öffentlichen Einrichtungen aus dem sogenannten Armeegelände („auf der grünen Wiese“) in die Innenstadt voranzubringen: Im Januar 2017 wurde vom Stadtrat die Aufstellung eines B-Planes „Ehemaliges Armeegelände“ beschlossen. Für die im Bereich des B-Planes liegenden Grundstücke wäre eine Weiterentwicklung nicht mehr möglich. Mit der Aufnahme des Grundstückes von „Haus 7“ der Hochschule in den Geltungsbereich des B-Planes setzt die Stadt ein wichtiges Zeichen in Richtung Freistaat Sachsen, einen Umzug in die Mandaukaserne zu veranlassen.

Seitens der Eigentümergesellschaft war geplant, die Mandaukaserne Mitte November 2016 an einen Geschäftsmann aus Namibia zu verkaufen. Die Stadt Zittau hatte das ihr eingeräumte Vorkaufsrecht zum Erwerb der Mandaukaserne nicht in Anspruch genommen, ein zwischenzeitlich aufgetretener Investor zeigte vor der Fördermittelzusage auch kein Kaufinteresse und war zu einer denkmalgerechten Sanierung der Mandaukaserne nicht bereit. Da das Stadtforum Zittau kein Verein und deshalb nicht rechtsfähig ist, hat sich Thomas Göttsberger dazu entschlossen, die Mandaukaserne selbst zu erwerben. Dies ist am 14. November 2016 erfolgt. Damit ist jetzt gewährleistet, dass Entscheidungen zur Mandaukaserne regional vor Ort und nicht von einem anonymen Investor getroffen werden. Derzeit wird an der Konzepterstellung gearbeitet. Daneben läuft die Mieterakquise. Das Gebäude soll denkmalgerecht und substanzschonend umgebaut werden.

Zittau, Mandaukaserne, offenes Dach im Nordflügel

Der Altan in Zittau

Thomas Göttsberger, Stadtforum Zittau und Görlitz, Stadtrat in Ostritz

Schon im Gedicht „Der Handschuh“ von Friedrich Schiller war von einem Altan wie folgt die Rede:

„Da fällt von des Altans Rand
Ein Handschuh von schöner Hand
Zwischen den Tiger und den Leu‘n
Mitten hinein.
Und zu Ritter Delorges spottenderweis
Wendet sich Fräulein Kunigund:
»Herr Ritter, ist Eure Liebe so heiß,
Wie Ihr mir‘s schwört zu jeder Stund,
Ei, so hebt mir den Handschuh auf.“

Eher einen prosaischen Umgang mit einem solchen Altan pflegte die Zittauer Bauaufsichtsbehörde, als dieser einzustürzen drohte. Weitläufig wurde das Grundstück abgesperrt und der Eigentümer aufgefordert, die Gefahr zu beseitigen. Der Eigentümer jedoch ließ sich lange bitten und trat mit Untätigkeit auf den Plan. So bestand die akute Gefahr, dass die Stadt Zittau diesen Altan abreißen wird.

Durch das Stadtforum Zittau wurde daher die Notsicherung dieses Altans auf eigene Kosten vorgenommen, um dieses Gebäudeteils nicht verlustig zu gehen. Es erfolgten statische Sicherungsmaßnahmen und das Schließen von Fehlstellen am Dach des Altans. Im Juli 2017 konnte der Stadt gegenüber Vollzug gemeldet werden.

Vielleicht kommen ja noch einmal Zeiten, wo Liebesbeweise wieder mittels Handschuh erfolgen? Das Equipment hierfür ist durch unseren Einsatz auch noch für künftige Generationen verfügbar.

Zittau, Lessingstraße 37 nach Notsicherung

Der Erhalt des Wohn-und Geschäftshauses Johannisstraße 49 in Altenburg

Peter Gzik, Stadtforum Altenburg, Stadtrat

Die Stadt Altenburg stand in den letzten 15 Jahren leider öfter wegen fragwürdiger Abbrüche von städtebaulich und bauhistorisch wertvollen Gebäuden im Fokus der Öffentlichkeit.

So sollte auch das denkmalgeschützte Wohn- und Geschäftshaus Johannisstraße 49 entsprechend einer Beschlussvorlage des Oberbürgermeisters von November 2012 auf Grund seines „unansehnlichen" Bauzustandes, der eventuell eine Gefahr für den öffentlichen Raum darstellen könnte, abgebrochen werden. Da auch keine Prüfung der Sanierungswürdigkeit erfolgte, gab es zum Abbruch keine Alternative. Dieser wäre auf Jahre ein verheerender Einschnitt in den geschlossenen Straßenzug im Denkmalensemble Kernstadt gewesen.

Das heutige Gebäude wurde 1537 auf vorhandenen massiven zweigeschossigen Außenwänden als Vorderhaus mit westlichem Seitenflügel erbaut. Dendrochronologische Untersuchungen datieren das Dachwerk auf 1661. Um 1730 erfolgte der Ausbau des ersten Dachgeschosses mit Zwerchhaus zu einem zweiten Vollgeschoss, sowie der Anbau eines hofseitigen Laubenganges und östlichen Seitengebäudes.

Der Bauzustand des Objektes stellte sich nach erster Einschätzung des Stadtforums unproblematischer dar, als seitens der Stadtverwaltung formuliert. Ungeachtet des relativ hohen Sanierungsstaus war das Gebäude grundsätzlich sanierungswürdig. So setzte sich das Stadtforum Altenburg bei den Stadträten und der Stadtverwaltung dafür ein, dass anstatt der geplanten Fördermittel für den Abbruch (insgesamt 280.000 Euro) Sicherungsmittel in gleicher Höhe aus dem Programm Stadtumbau Ost zur Verfügung gestellt werden.

Das Gebäude nach der Notsicherung im Jahr 2017

Ein Beschluss des Stadtrates für den Abbruch wurde im März 2013 mit der Einschränkung gefasst, dass das Abbruchvorhaben gestoppt wird, falls das Stadtforum noch einen Kaufinteressenten findet. Ein Mitglied des Stadtforums Altenburg kaufte schließlich die Johannisstraße 49 und so konnten auf der Grundlage eines Sanierungskonzeptes des Büros ibb Altenburg Verhandlungen mit der Stadtverwaltung zu möglichen Fördermodellen geführt werden.

Unter Nutzung von Fördermitteln in Höhe von 286.000 Euro wurden seit 2014 verschiedene Sicherungs- und Instandsetzungsarbeiten am Vorderhaus und dem westlichen Seitengebäude durchgeführt. Dabei wurde der Dachstuhl des Vorderhauses entgegen der Abbruchbegründung instandgesetzt, verstärkt und eine neue Dachdeckung mit Biberschwänzen aufgebracht. Für eine Anbindung in den Hof sowie in das Quartier am Markt wurde eine Durchfahrt geschaffen, die gleichzeitig statisch-konstruktive Mängel im Bereich der aufgehenden Wände beseitigte. Im westlichen Seitengebäude wurde das 2. Obergeschoss abgetragen und ein neuer, hölzerner Pultdachstuhl aufgesetzt. In beiden Gebäuden mussten die Geschossdecken als Holzbalkendecken teils saniert bzw. erneuert werden. Die Arbeiten konnten im November 2016 abgeschlossen werden.

Die beschriebenen Maßnahmen stellen einen Vorgriff auf die erforderliche Komplettsanierung des Anwesens dar und konnten mit dem Erhalt des Wohn- und Geschäftshauses den geschlossenen Straßenzug bewahren. Die Aufwendungen für die Sicherung von Vorderhaus und westlichem Seitengebäude in etwa gleicher Höhe wie für den geplanten Komplettabriss waren gerechtfertigt, wie auch der Erhalt des trotz fortgeschrittenen Verfalls bauhistorisch wertvollen östlichen Fachwerkgebäudes. Es bleibt nach Bestandsaufnahme sowie bauhistorischer Untersuchung und aufgezeigtem Ergebnis unergründlich, dass Stadtverwaltung und Stadträte ohne weitere Prüfungen an einem dringlichen Abbruch festhielten.

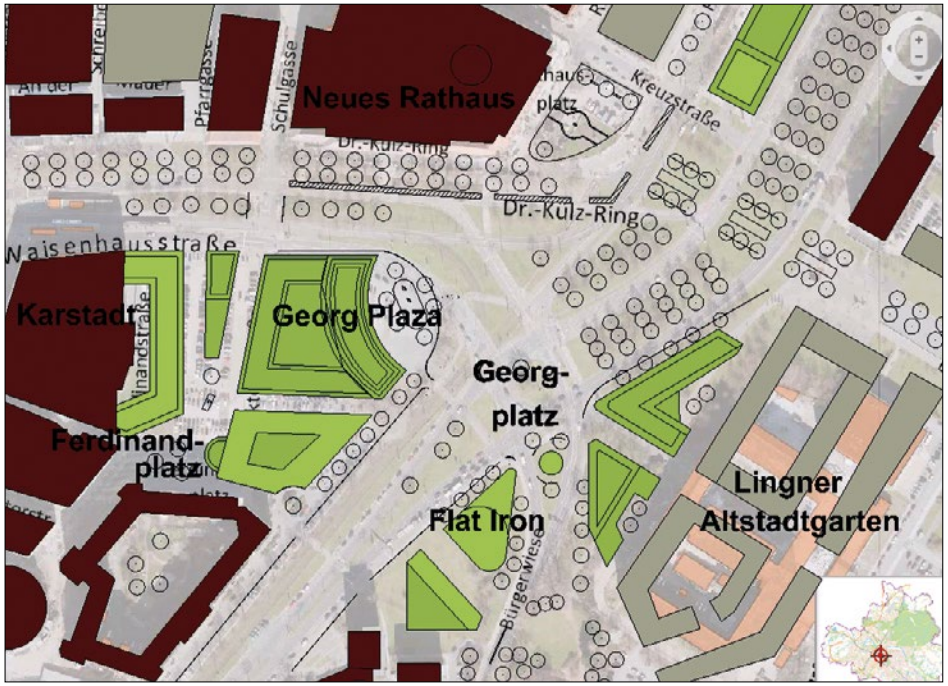
Das Erhaltungskonzept für das Gesamtensemble Johannisstraße 49 zielt auf eine Belebung des gesamten Quartiers zwischen Markt, Weibermarkt, Johannisstraße und Sporenstraße mit seinen möglichen attraktiven Innenhöfen und dem historischen Martinsgäßchen von 1290. Leider wurde in den vergangenen Seitengebäude Während der Sanierung Jahren von Seiten der Stadtverwaltung trotz beschlossenem Stadtentwicklungskonzept wenig für die Entwicklung dieses Quartiers am Markt mit einem Wohnungsleerstand von mehr als 40 % getan.

Seitengebäude während der Sanierung im Jahr 2016

Städtebauliches Konzept
Georgplatz/Ferdinandplatz in Dresden
Michael Wolf, StadtbilDDresden

Im Zuge der Erweiterungsvorhaben der städtischen Verwaltung soll eine der letzten Nachkriegslücken im innerstädtischen Bereich geschlossen werden. Mit dem Evaluierungsverfahren zum städtebaulichen Konzept Georgplatz/Ferdinandplatz wurde durch ein Wettbewerbsverfahren der Versuch unternommen, die besten Ideen zu sammeln und den überzeugendsten Entwurf zu küren. Lediglich sieben handverlesenenen Architektur-Büros war die Teilname gestattet, die Auswahlkriterien und das Verfahren selbst blieben leider zum wiederholten Male intransparent.

Die Jury, bestehend aus Gutachtern, Eigentümern, Stadträten und Fachamtsmitarbeitern tagte ebenfalls unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Der Entwurf des Architektenbüros „Barcode Architects“ konnte die Jury am meisten überzeugen. Er zeigt ein geteiltes Areal mit insgesamt drei Blöcken. Ein Komplex soll dabei direkt in Blockrandbebauung an die bisher offene Flanke des Karstadt-Gebäudes anschließen. Unter städtebaulichem Aspekt betrachtet, geht der Siegerentwurf in die richtige Richtung. So entsprechen Baumasse und Traufhöhe den Vorgaben, die für ein effizientes Nutzungskonzept an dieser Stelle vonnöten sind. Die Idee im Bereich des Georgplatzes einen Turm zu gestalten, erscheint durchaus spannend, bedürfte aber unserer Meinung nach einer anderen Umsetzung.



Dresden, Georgplatz/Ferdinandplatz, Entwurf von StadtbilDDresden

Insgesamt jedoch vermag der Barcode-Entwurf die Kriterien nicht zu erfüllen, mit denen ein funktionierendes innerstädtisches Gefüge generiert werden kann. Als Hauptkritikpunkt sehen wir den fast alleinigen Einsatz von Glas für die Fassadengestaltung. Eine Glasfassade besitzt in ihrer Materialsprache eine kalte, abweisende Ausstrahlung, sie erzeugt kein Umfeld mit Verweilqualität. Die Frage, ob es unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten noch zeitgemäß ist, den Werkstoff Glas in solchen Dimensionen einzusetzen, muss an dieser Stelle bezweifelt werden.

Ein weiterer Kritikpunkt ist das Fehlen jeglichen Bezugs zum historischen Rathaus mit dessen klassisch gestalteter, warmer Sandsteinfassade. In seiner bewusst kantig und monoton gehaltenen Erscheinung lässt der Barcode-Entwurf jegliche Form von Eleganz und Liebe zum Detail durch Kleinteiligkeit vermissen. Die von der Jury gekürte Variante zelebriert bewusst den Bruch, verweigert den Dialog mit dem Umfeld (Rathaus) und verhindert dadurch eine dringend notwendige Ensemblewirkung.

Der Ansatz unseres Alternativ-Entwurfes geht in die entgegengesetzte Richtung, indem er die Wünsche vieler Dresdner aufgreift und konsequent implementiert: Dies bedeutet konkret: Hinwendung zu einer regionaltypischen, kleinteiligen Architektur, die durch Formen-Vielfalt ein lebendiges, abwechslungsreiches Umfeld generiert, welches nicht nur als Funktions- sondern auch als Verweil- und Lebensraum Verortbarkeit schafft.

Der Vorkriegszustand – mit seinen weltweit berühmten hohen Qualitätsmaßstäben – bildet in diesem Zusammenhang die Grundlage. Angesicht der Tatsache, das keines der am Wettbewerbsverfahren teilhabenden Büros diesen hohen gestalterischen Ansprüchen Rechnung zu tragen vermag, haben wir uns in unserem Gegenentwurf für eine Formensprache entschieden, die keinem an einen Modetrend gebundenen Leitsatz das Wort redet, sondern eine Dresden-typische, zeitlos klassische Architektur als stadtbildprägendes Gestaltungsmittel bevorzugt. Damit wird der Versuch unternommen, den Stadtraum vom Grundgedanken her wieder verstärkt als Kultur-Raum zu begreifen. Eine Re-Urbanisierungsmaßnahme wie am Ferdinandplatz/Georgplatz sollte in diesem Sinne nicht nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten bewertet, sondern als Chance für eine Re-Kultivierungsmaßnahme im Lichte einer bürgerfreundlichen Politik gesehen werden.

Im Einzelnen bedeutet das:

– Architektur als stadtbildprägendes und stadtraumgestaltendes Element verstehen, neu und undogmatisch denken

– Den Einsatz von regionaltypischen Gestaltungselementen, sowie Baumaterial aus Sandstein und Putz zur Fassadenausformung

– Kleinteilige Strukturierung der Fassade und der Baumassen

– Klassische Formensprache, größtenteils mit geschichtsbezogener, historisierender Prägung

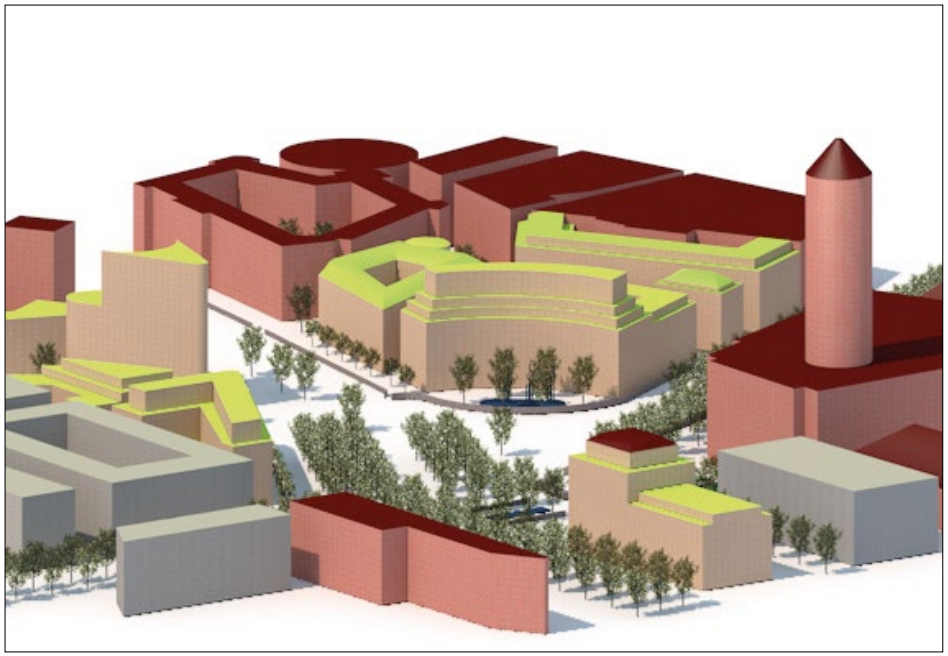
– Bildung abwechslungsreicher, klassischer Dachformen

Zum städtebaulichen Ansatz:

Anders als die eingereichten Entwürfe ragt der Baukörper zum Georgplatz nicht in den Platz hinein, sondern rahmt diesen in einer umschließenden Geste.

Im Gegensatz zu den anderen Entwürfen setzten wir auf die konsequente Abkehr von jeglichem Funktionalismus, denn – so unsere Überzeugung – ein öffentliches Gebäude darf als Symbol einer selbstbewussten Kulturmetropole gefallen und soll repräsentieren!

Die Abkehr von Großkomplexen ist mittlerweile auch in Dresden Konsens. Trotzdem wird der Gedanke noch immer nicht mit dem notwendigen Mut umgesetzt. Keiner der Verfahrensteilnehmer besaß die Kreativität oder den Willen, die Herausforderung anzunehmen und Blöcke kleinteilig (vertikal!) und abwechslungsreich zu gliedern. Dem zukünftigen Ferdinandplatz kommt die Rolle des Vermittlers zu: Er soll das neue Viertel mit der bestehenden Altstadtstruktur über die Pfarrgasse/Rathausgasse verbinden. Dies kann nur dann funktionieren, wenn mit gestalterischen Mitteln Anreize geschaffen werden, die Touristen wie auch Dresdner zum Verweilen einladen. Dieser Intention folgend, sieht unser Planungsentwurf einen kleinen, frei stehenden, im Stil der Dresdner Renaissance aufwändig-markant gestalteten Baukörper vor, der gemeinsam mit einem Pavillon gastronomisch nutzbar diese Aufgabe erfüllen sollte. Mit unseren Vorschlägen verfolgen wir weniger die Absicht der Planumsetzung als vielmehr den Versuch, zu zeigen, dass auch andere Wege möglich sind und dass es keine Verbote, sondern nur Gebote in der Hinwendung zu einer bürgerfreundlichen, zeitgemäßen Form des Städtebaus geben sollte.



Dresden, Georgplatz/Ferdinandplatz, Entwurf von StadtbilDDresden (Modell)

Industriekultur Ost bis 1989
Zur Bewertung der architektonischen Qualität von Industriebauten der DDR
Basti Dämmler, Netzwerk Industrie.Kultur.Ost

Kaum ein Gebiet der deutschen Architekturforschung ist heute noch so unterrepräsentiert wie der Industriebau der Deutschen Demokratischen Republik. Dabei kämpft eine sachliche und konzentrierte Auseinandersetzung mit dieser Thematik stets mit den angehängten Vorurteilen der Plattenschnellbaukonstruktionen und den minderwertigen Baustoffen in Hoch- und Tiefbau jener Jahre. Doch stimmen diese Vorurteile gegenüber dem Industriebau der DDR denn tatsächlich?

Fest steht, wenn man sich mit den verschiedensten Gebäudetypen für die industrielle Nutzung, sei es Produktion, Lagerung oder Verwaltung, auseinandersetzt, dann muss man diese Bauwerke in zwei Gruppen einteilen. Der größere Teil der Industriebauwerke basiert auf standardisierten Tragwerkssystemen und Fertigungsprozessen. Doch es gibt auch eine zweite Gruppe von Industriegebäuden, welche stets über diese Einheitssysteme hinaus gingen und nach außen Repräsentationsfiguren der eigenen staatlichen Ideologie darstellten. Entsprechend dieser Wahrnehmung sollten die Produktionsgebäude die neuen sozialistischen Wertevorstellungen widerspiegeln. Neben einer Neustrukturierung von betrieblichen Prozessen änderte sich auch die Gestaltung des Fabrikgebäudes als Basis der Arbeit. Entsprechend früh entwickelte man bereits in den 1960er Jahren ein eigenes Forschungsgebiet für Fabrikgestaltung und Betriebsprojektierung. Kernpunkte waren dabei neben der historischen Erforschung der Architekturentwicklung im Industriebau auch die Forschung nach rationalisierten Produktionsstrukturen und höherer Ergonomie. Die Fabrik selbst wurde dabei zum Leitbild der Errungenschaften des „Proletariats“ und Präsentationsfläche für den Sozialismus im Land erhoben. Dass die Wirklichkeit mit zunehmender Lebensdauer der DDR oft ein anderes Bild darstellte, wird gerade in gering subventionierten Betrieben deutlich. Aber eine besondere Charakteristik hatte der Industriebau in der DDR. Entgegen der Entwicklung der Industriearchitektur in der BRD, spielte hier die Kunst am Bau eine herausragende Rolle.

So versuchte man bereits früh durch eine künstlerische Gestaltung die neue

Dresden, Betriebsgaststätte des VEB Robotron, Juni 2017

Gesellschaftsdarstellung in den vorhandenen Gebäudebestand einzupflanzen. In diesen Kunstwerken spielte sehr häufig das Leitbild des Proletariats in der Beziehung eine zum Sozialismus eine wichtige Rolle. Die Breite der künstlerischen Umsetzung reichte dabei von Bleiglasfenstern über Sgraffiti bis hin zu Formsteinen, je nachdem, um welches Jahrzehnt und welchen Architekturstil es sich handelte. So entdeckt man derartige Gestaltungsmittel besonders an Bauwerken von Prestigeprojekten und Repräsentationsgebäuden eines Industriezweiges bzw. Leitbetriebes. Zu dieser exklusiven Gruppen zählen im besonderen Maße die Kombinatssitze, welche aufgrund ihrer wirtschaftlichen Strukturierung wichtige Eckpunkte in der Darstellung gegenüber den westlichen Staaten waren. So waren sie stets ein Repräsentationsmittel für die Modernität und den Vorsprung des Sozialismus gegenüber westlichen Ländern im gegenseitigen wirtschaftlichen Austausch. Durch die Architektur hat dieser Schein, mehr war es meist nicht, oftmals sein Ziel erreicht. In der heutigen Zeit sollte man stets die architektonische Qualität der Gebäude auch unabhängig von ihrem politischen Hintergrund betrachten. Viele dieser Bauwerke sind heute stark gefährdet, weil wichtige Entscheidungsträger auf Landes- und Kommunalebene nicht zu einer Differenzierung bereit sind. So auch in der aktuellen Debatte um den ehemaligen Robotron-Kombinatssitz in Dresden.

Chemnitz, ehemaliger VEB Germania

Die DDR schuf in den 1960er Jahren im Herzen von Dresden ein Verwaltungs- und Forschungsareal für die neu gegründete Mikroelektroindustrie mit ausgesprochener baulicher Qualität. Seit der Grundsteinlegung war dieses Projekt stets ein Prestigeobjekt in der ideologischen Größenordnung der Leuna-Buna-Werke oder des Eisenhüttenkombinat Ost. Doch es ist auch die Wiege des heutigen „Silicon Saxony“. Ein starker Drang zu einer künstlerischen Aufwertung der Gebäude sowie eine internationale Formensprache zeichnen die Bauwerke aus. Der Denkmalstatus wurde dennoch jüngst verwehrt, aufgrund einseitiger Kunstbetrachtungen im Landesamt für Denkmalpflege. So sind alle noch bestehenden Gebäude gegenwärtig Gegenstand einer Abrissdiskussion. Sehr ähnlich verhält es sich mit Objekten wie der Porzellanfabrik Freiberg, der Germania Maschinenfabrik Chemnitz oder dem VEB Mikromat Dresden.

Sächsische Industriekultur und ihre Architektur hören nicht 1945 auf und gerade auf den baulichen Fundamenten der DDR-Zeit nähren sich heute noch sehr viele Industriestandorte im Freistaat. So sollte diese Epoche der Industriearchitektur genauso neutral betrachtet werden, wie die vorhergehenden 150 Jahre.

Netzwerknachrichten

Bericht: 11. Vernetzungstreffen der Stadtforen Mitteldeutschlands

Marcel Naumann, Arbeitskreis Innenstadt e. V. in Halle (Saale)

Unter dem Motto „Städte erhalten – Bürger beteiligen“ trafen sich am 1. und 2. April 2017 die Netzwerkmitglieder in Halle zum mittlerweile 11. Vernetzungstreffen.

Der Arbeitskreis Innenstadt e. V. als Organisator des Treffens hatte als Veranstaltungsort die „Goldene Rose“ ausgewählt. Hierbei handelt es sich um ein prächtiges Renaissancegebäude mit wertvoller Innenausstattung, welches über mehrere Jahrhunderte als Gasthaus diente und in den vergangenen Jahren durch den Verein Haushalten e. V. als Künstlerhaus wiederbelebt wurde.

In Vorträgen und Diskussionen stellten Vertreter der Stadtforen in Altenburg, Chemnitz, Leipzig und Zittau sowie des Netzwerks Industrie.Kultur.Ost aktuelle Entwicklungen im Bereich Städtebau und Baudenkmalpflege in ihren Heimatstädten und -regionen vor. Neben konkreten Beispielen wie dem Erhalt der Mandaukaserne in Zittau, den drohenden Abriss der ehemaligen Betriebskantine des VEB Robotron in Dresden oder der geplanten Überbauung des Stadthallenparks in Chemnitz, wurde auch über die Erfahrungen der Stadtforen mit dem Engagement in der Lokalpolitik gesprochen. Des Weiteren wurde als ein gemeinsames Projekt aller Stadtforen die Weiterentwicklung des Netzwerkmagazins STADTFORUM diskutiert.

Im Anschluss an die Vorträge bot ein Empfang im Vereinshaus des Arbeitskreis

Halle, Teilnehmer des 11. Vernetzungstreffens im April 2017

Innenstadt e. V. in der Schmeerstraße 25 die Möglichkeit zum Austausch persönlicher Erfahrungen und zum Knüpfen neuer Kontakte zwischen den Netzwerkmitgliedern. Innerhalb des Rahmenprogramms des Vernetzungstreffens konnten die Teilnehmer bei einem geführten Rundgang wichtige Baudenkmale der halleschen Altstadt kennenlernen. Neben der spätgotischen Moritzkirche stand insbesondere die ehemalige Schwemme-Brauerei, dass derzeitige Praxisprojekt des Arbeitskreises Innenstadt e. V., im Fokus.

Alle Teilnehmer bekundeten die Wichtigkeit eines beständigen überregionalen Austausches und freuen sich auf das nächste Vernetzungstreffen.

Vernetzungstreffen 2018

Wir freuen uns über die Bereitschaft des Forums für Baukultur e. V. Dresden und dessen Leiter, Dr.-Ing. Sebastian Storz, das 12. Vernetzungstreffen der Stadtforen Mitteldeutschlands zu organisieren.

Das Treffen wird am Sonnabend, den 21. April 2018, im Schulungszentrum des Forums für Baukultur in der Wiener Straße 54 stattfinden. Zum Abschluss des Vernetzungstreffens wird es am Sonntag, den 22. April, eine Führung durch die Dresdner Innenstadt geben.

Die Kontaktdaten zur Anmeldung sowie das detaillierte Programm werden Anfang 2018 auf der Homepage des Netzwerks veröffentlicht.

Informationen

Initiativen zur Förderung der Baukultur

Zentrum für Baukultur Sachsen
Schloßstraße 1, 01067 Dresden
Baukulturelle Vermittlungsarbeit mit einem Schwerpunkt im Bereich Jugendbildung
www.zfbk.de

Bundesstiftung Baukultur
Schiffbauergasse 3, 14467 Potsdam
Herausgeber des Baukultur-Berichtes Stadt und Land (jährlich)
www.bundesstiftung-baukultur.de

Netzwerk Industrie.Kultur.Ost
Basti Dämmler
kontakt@industrie-kultur-ost.de
Plattform für ostdeutsche Industriekultur und verfallene Fabrikarchitektur
www.industrie-kultur-ost.de

Filmtipp
Bayern, Boden und Beton – Wie viel Zersiedlung verträgt das Land?“

Sendung vom 16.07.2017, 19:15 Uhr

Zu finden in der Mediathek des Bayrischen Rundfunks:
http://goo.gl/CMBYDN

Autorenverzeichnis

Matthias Böhm,
Stadtrat in Altenburg

Basti Dämmler,
Bachelor of Engineering

Prof. Karl Clauss Dietel,
Gestalter

Dr. Peter Fibich,
Landschaftsarchitekt

Thomas Göttsberger,
Stadtrat in Ostritz

Wolfram Günther,
MdL, Rechtsanwalt

Peter Gzik,
Stadtrat in Altenburg

Frank Kotzerke,
Architekt

Marcel Naumann,
Biochemiker

Gert Rehn,
Architekt

Maren Schiel,
Kommunikationswissenschaftlerin

Prof. Dr. Thomas Topfstedt,
Kunsthistoriker, Universität Leipzig

Dr. Rüdiger Wirth,
Zahnarzt

Michael Wolf,
Steinbildhauer

Abbildungsnachweis

Arbeitskreis Innenstadt e. V.,
Halle: S. 20, 33
Basti Dämmler: S. 3, 32, Rückseite o.
Förderverein der
Leipziger Denkmalstiftung e. V.: S. 17, 18
Gert Rehn: S. 20, 21, 31
imk automotive GmbH: Titelseite
StadtbilDDresden: S. 28, 30
Stadtforum Altenburg: S. 26, 27
Stadtforum Chemnitz, Archiv: S. 14
Stadtforum Görlitz: S. 6, 7, 8
Stadtforum Zittau: S. 23, 24, 25
Steffen Jankowski (Freie Presse): S. 19
Viadukt e. V., Chemnitz: S. 16

In eigener Sache

Das Heft wurde ehrenamtlich erarbeitet. Angefallene Kosten wurden von den Radakteuren und Autoren getragen. Diesen gilt unser besonderer Dank. Für den Druck fallen allerdings Kosten an, auch noch beim Vertrieb. Wir bitten deshalb um Ihre Spende auf das Konto des Arbeitskreis Innenstadt e. V., Halle:

IBAN: DE47 8005 3762 0380 7794 85
BIC: NOLADE21HAL
Saalesparkasse Halle

Kontakt zu den Stadtforen bzw. Netzwerkpartnern (Auszug)

Altenburg: post@stadtforum-altenburg.de
Chemnitz: stadtforum.chemnitz@yahoo.de
Dresden: villa-salzburg@t-online.de
Freiberg: ruediger-wirth@freenet.de
Halle: mail@aki-halle.de
Leipzig: info@stadtforum-leipzig.de
Zittau: stadtforum-zittau@web.de

Bezugsmöglichkeiten

Das Netzwerkmagazin kann in den folgenden Geschäftsstellen gekauft / bestellt werden:

Leipziger Denkmalstiftung
Luppenstraße 28, 04177 Leipzig
netzwerk-stadtforen@gmx.de
Öffnungszeiten:
Mo/Di/Do 9.00 – 15.00 Uhr,
Mi 9.00 – 18.00 und Fr 9.00 – 12.00 Uhr

Stadtforum Chemnitz
c/o Umweltzentrum Chemnitz
Herr Manfred Hastedt
Henriettenstraße 5, 09112 Chemnitz
stadtforum.chemnitz@yahoo.de
Öffnungszeiten:
Mo – Do 9.00 – 18.00 u. Fr 9 .00 – 15.00Uhr

Arbeitskreis Innenstadt e. V.
Schmeerstraße 25, 06108 Halle (Saale)
mail@aki-halle.de.
Öffnungszeiten:
Di 11.00 – 14.00 und Do 14.00 – 18.00 Uhr

Bestellungen bitte per E-Mail an mail@aki-halle.de. Zwei Magazine werden Ihnen gegen einen Spendenbeitrag von 5,00 Euro zugesandt.

Spendenkonto des AKI Halle e. V.:
IBAN: DE47 8005 3762 0380 7794 85
BIC: NOLADE21HAL, Saalesparkasse Halle

NETZWERK
Stadtforen Mitteldeutschland
Stadtentwicklung. Denkmalpflege. Baukultur.

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Meinung des Redaktionsbeirats entsprechen. Nachdruck von Bildern und Artikeln, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung.

Die Redaktion hat keine Texte gekürzt ohne den Autor zu fragen. Zu spät eingelieferte Artikel werden für die nächste Ausgabe vorgesehen. Wir bitten ständig um neue Artikel und Berichte, diese bitte per E-Mail an: netzwerk-stadtforen@gmx.de einsenden.

Herausgeber: NETZWERK Stadtforen Mitteldeutschland
Kontakt: V. i. S. d. P. Wolfram Günther, Stadtforum Leipzig, c/o Leipziger Denkmalstiftung, Capa-Haus, Luppenstr. 28, 04177 Leipzig, E-Mail: netzwerk-stadtforen@gmx.de
Redaktion: Wolfram Günther, Marcel Naumann, Gert Rehn
Gestaltung: Patrick Lohse
Erscheinungsweise: einmal jährlich

MIT BEITRÄGEN ZUR

- Stadtentwicklung
- Baudenkmalpflege
- Mobilität